

# Meinungen

Kommentar

## Ein Armutszeugnis für die reiche Schweiz

Um den Kita-Platz zu finanzieren, werden Kleinkredite angeboten. Junge Eltern sollen sich verschulden, weil sich der Staat zurückhält.

Bei weitem nicht alle Eltern, die ihr Kind in die Krippe schicken möchten, können sich das auch leisten. Dazu sind in der Schweiz die Betreuungsplätze – sofern es sie überhaupt gibt – ganz einfach zu teuer. Häufig kostet ein Kita-Platz mehr, als der Elternteil mit der leichteren Lohntüte verdient.

Meist ist es die Frau, die deswegen ihre Berufstätigkeit zumindest vorübergehend aufgibt. Darunter leidet nicht nur sie selbst, sondern auch die Wirt-

schaft, der die weiblichen Fachkräfte fehlen.

Aus diesem Missstand haben findige Jungunternehmer mit einer sozialen Ader ein Geschäftsmodell entwickelt. Sie organisieren Investoren und bieten den jungen Familien einen Kredit zu besonders günstigen Konditionen an. Mit dieser «familiengerechten Optimierung der Fremdbetreuungskosten» soll es sich für die Frau lohnen, im Berufsleben zu bleiben.

**Spätestens wenn die Kinder im Kindergarten sind, müssen die Eltern die Zeche zahlen.**

Dahinter steckt die Idee, dass Betreuungskosten, die auf mehrere Jahre verteilt werden, leichter zu verkraften sind. Das stimmt zwar. Die grosse Frage ist allerdings, ob sich die jungen Eltern verschulden wollen. Denn spätestens wenn die Kinder im Kindergarten sind, müssen sie die Zeche bezahlen. Vielleicht konnten sie bis dahin ihre Karrieren vorantreiben, dann fällt es ihnen leichter.

Sicher ist das allerdings nicht. Vielleicht gab es aus anderen

Gründen einen Karriereknick. Und selbst wenn nicht: Vielleicht ist die Familie in der Zwischenzeit so stark gewachsen, dass sie das zusätzliche Einkommen lieber in eine grössere Wohnung investieren möchte.

Unabhängig von diesen Fragen ist es stossend, dass ein solches Angebot überhaupt nötig ist. Den Anbietern der Kita-Kredite ist sehr wohl bewusst: Würde die öffentliche Hand ihre Verantwortung wahrnehmen, dann bräuhete es ihr Angebot nicht.

Doch anders als in anderen Ländern hält sich bei uns der Staat vornehm zurück. Die Finanzierung der Kinderbetreuung überlässt er weitgehend den Eltern – um den Preis, dass sie sich dafür verschulden müssen. Welch ein Armutszeugnis für die reiche Schweiz.



Eva Novak



Die Menschen stecken fest, frieren, verzweifeln, manche sterben: Ein syrischer Flüchtling in einem Wald bei Hajnowka, Polen, im Grenzgebiet zu Weissrussland. Foto: Wojtek Radwanski

## Die Mauer zu Weissrussland wäre ein Monument der Ehrlichkeit

Die EU-Kommission sagt empört: Nein, keine Mauern und Zäune mit Geld aus Brüssel, um Flüchtlinge abzuwehren. Das mag das Gewissen beruhigen. Aber ob es politisch richtig ist?

Josef Kelnberger, Brüssel

Die Europäische Union wird sich nicht am Bau der polnischen Mauer an der Grenze zu Weissrussland beteiligen. Ursula von der Leyen, die Kommissionspräsidentin, hat das nach dem letzten Treffen der Staats- und Regierungschefs in Brüssel kategorisch festgestellt: kein EU-Geld für Mauern oder Stacheldraht. Das mag das Gewissen beruhigen. Aber ob es politisch richtig ist?

Die Mauer, von Warschau als «Wall» bezeichnet, wird gebaut werden, egal, wie sich Brüssel verhält. Die Regierung, ohnehin isoliert in der EU, wird sich zynisch damit brüsten, Europa allein zu verteidigen. Wenn die Europäische Union sich nun von einer Mauer distanzieren, die ohnehin gebaut wird und von der am Ende die ganze EU profitieren dürfte, weil sie abschreckende Wirkung entfaltet und Migration eindämmt – dann könnte man das auch

Heuchelei nennen. Zumindest aber eine vertane Chance. Denn politisch Verantwortliche müssen manchmal schlimme Entscheidungen treffen, um noch Schlimmeres zu verhindern.

Der weissrussische Autokrat Alexander Lukaschenko will die EU destabilisieren, indem er Migranten in sein Land lockt, sie abkassiert und dann an die Grenze zu Polen, Lettland und Litauen schickt. Das ist ihm bereits gelungen. Die Menschen stecken fest, frieren, verzweifeln, manche sterben. Viele von denen, die durchkommen, finden ihren Weg nach Deutschland, wo steigende Flüchtlingszahlen wieder das politische Klima vergiften. Polen, Lettland und Litauen haben mit neun weiteren Ländern Brüssel aufgefordert, beim Bau von «physischen» Grenzen zu helfen, bislang vergeblich. Und so wird die polnische Mauer, sechs Jahre nach der Flüchtlingskrise, zum Symbol

**Solange die EU keine gemeinsame Haltung findet, wird sie erpressbar und moralisch angreifbar bleiben.**

für das Versagen der europäischen Flüchtlingspolitik.

Was man von dieser Mauer hält, hängt von der Entfernung ab, von der aus man sie betrachtet. Irgendwann wird man sie als lächerlichen Versuch werten, die grosse Frage der Migration mit kleingeistigen Mitteln zu lösen. Wenn Menschen durch Armut, Krieg oder den Klimawandel ihre Lebensgrundlagen verlieren, machen sie sich auf den Weg. Und für jede Mauer gibt es eine Leiter. Auch von ganz nah wird diese Mauer an der Grenze zu Weissrussland hässlich aussehen, eine neue Mauer durch Europa, eine Mauer nach Art von Donald Trump. Aber sie könnte zumindest das Signal aussenden: Die EU lässt sich nicht erpressen. Und sie handelt gemeinsam.

Die Sicherung der Grenze zu Weissrussland als gemeinsame europäische Sache – das könnte die EU auch zu einem neuen Anlauf in Sachen «Migrations-

pakt» nutzen. Immerhin hat nun auch Polen erfahren, dass Migration alle angeht. Das Land blockiert gemeinsam mit Ungarn seit einem Jahr eine Einigung über den Pakt, der gemeinsame Standards im Umgang mit Migranten festlegen und die Verteilung von Asylsuchenden regeln soll. Es mag unmöglich erscheinen, eine Flüchtlingspolitik zu formulieren, die Vorstellungen von Humanität und polnischen Vorstellungen von nationaler Identität entspricht. Aber solange die EU keine gemeinsame Haltung findet, wird sie erpressbar und moralisch angreifbar bleiben.

Letztlich besteht Europas Flüchtlingspolitik seit 2015 vor allem darin, Menschen fernzuhalten. Von der Schliessung der Balkanroute über den Deal mit Erdogan bis zum Abdrängen von Flüchtlingsbooten im Mittelmeer: Europa mauert. So gesehen wäre die Mauer an der Grenze zu Weissrussland ein Monument der Ehrlichkeit.

## Mit Halbwissen urteilen

Wenn ein Gericht von Vorstrafen nichts wissen darf.

Thomas Hasler

Als 17-Jähriger ersticht er die Mutter seiner Freundin und überfällt eine Taxifahrerin. Er wird zu einer Jugendmassnahme verurteilt. Als 29-Jähriger hält er einer jungen Frau ein Messer an den Hals und vergewaltigt sie. Er wird mit achteinhalb Jahren bestraft. Der Versuch, ihn auch zu verhaften, scheitert – obwohl er laut Gutachten nicht therapiefähig und hoch rückfallgefährdet ist.

Grund dafür ist ein Passus im Strafgesetzbuch. Danach darf ein Gericht bei der Festsetzung von Strafe und Massnahme die früheren, aber inzwischen aus dem Strafregister entfernten Urteile eines Beschuldigten nicht mehr berücksichtigen. Und die Verurteilung wegen Tötung und Raubes ist nach zehn Jahren gelöscht worden, wie es das Gesetz vorsieht.

Das Wissen um die hohe Rückfallgefahr ergab sich im Fall des heute 39-Jährigen zu einem wesentlichen Teil aus den inzwischen gelöschten Straftaten. Sowohl der Psychiater wie auch das Gericht wissen davon, aber das Gericht muss so tun, als wisse es davon nichts.

Bei allem Verständnis, dass man einer Person ihre Verfehlungen unter dem Aspekt der Resozialisierung nicht bis in ihr Lebensende vorhält. Aber das kanns ja wohl nicht sein. Da bemüht sich die Justiz seit Jahren, gefährliche Straftäter aus dem Verkehr zu ziehen. Und dann scheitert dieses Bemühen an einer Gesetzesbestimmung, deren Ziel es sicher nicht war, gefährliche Straftäter zu privilegieren.

Es ist problematisch, wenn die Gerichte nicht im Wissen um alle relevanten Fakten die nötigen Urteile fällen können. Irritierend ist leider auch, dass die einschränkende Gesetzesbestimmung überhaupt noch existiert. Seit Sommer 2016 liegt das neue Strafregistergesetz, in dem der strittige Passus fehlt, pfannenfertig und vom Parlament abgeseget vor. In Kraft treten soll es aber erst Anfang 2023.



# Start-up will Kitas erschwinglich machen – mit günstigen Krediten

**Kinderbetreuung auf Pump** Eine Firma ermöglicht es Familien, die Kosten für die Kindertagesstätte über eine längere Zeit zu verteilen. Wie funktioniert das – und warum erntet das Projekt neben Zustimmung auch Kritik?

Eva Novak

Kinderbetreuung ist in der Schweiz teuer. So teuer, dass viele Mütter – die heute meist weniger verdienen als Väter – lieber zu Hause bleiben, als weiter zu arbeiten. Darunter leidet ihre Karriere und später ihre Altersvorsorge.

Ein Jungunternehmen namens Awina will das ändern: Seit Dienstag vermittelt es günstige Kita-Kredite, was die unmittelbaren Kosten für die Familien spürbar reduziert. Später muss das Geld zurückgezahlt werden. Wir beantworten die wichtigsten Fragen dazu.

— **Wie funktioniert das?**

Awina übernimmt bis zur Hälfte der monatlichen Kita-Kosten, die Familie bezahlt den Rest. Dazu vermittelt die Firma einen Kredit zu Zinsen von 3 Prozent, deutlich weniger als die für Kleinkredite üblichen Zinsen von 10 Prozent. Dieser Kredit wird während der Kita-Zeit monatlich erhöht und am Ende der Laufzeit durch die Familie zurückbezahlt.

Die Familie zahlt ihren Anteil an Awina, die den Kitas den ganzen Betrag monatlich weiterleitet, was diesen Planungssicherheit bietet. Ein Beispiel: Kostet die Kita 2000 Franken monatlich, so zahlt Awina bis zu 1000 Franken. Nach zwei Jahren beträgt der Kredit 24'000 Franken plus 1500 Franken Zinsen. Die Familie hat danach zwei Jahre Zeit, das Geld zurückzuzahlen. Wer fünf Jahre Beiträge bezieht, hat danach fünf Jahre Zeit dafür.

— **Wer bekommt einen Kredit?** Alle Eltern können sich ab sofort auf der Website Awina.ch um einen Kredit bewerben, auch jene, die Subventionen oder Betreuungsgutscheine erhalten. Awina übernimmt dann höchstens die Hälfte des Restbetrags.

Das Angebot richtet sich gemäss den Gründern des Start-ups vor allem an Mittelklassefamilien, die sich den Kita-Platz sonst nicht leisten würden. Das betreffe die Hälfte der rund 300'000 ausser-



Das Angebot richtet sich vor allem an Familien, die sich sonst keinen Betreuungsplatz leisten würden: Kinder in einer Kita in Zürich. Foto: Keystone

schulisch betreuten Kinder, für die pro Jahr insgesamt knapp 5 Milliarden Franken bezahlt werden. Fürs Erste sind Kredite für 200 Familien garantiert.

— **Warum sind die Zinsen so tief?**

Die aktuellen Negativzinsen haben den Awina-Gründern die Suche nach Investorinnen und Investoren einfacher gemacht. Gefunden haben sie bisher eine Familie, die anonym bleiben will und sich mit einem Zins von einem halben Prozent begnügt. Weitere Geldgebende sollen folgen. Die Awina-Gründer hoffen auf das Engagement grosser Unternehmen wie zum Beispiel Banken oder Versicherungen, die damit für

ihr soziales Engagement werben könnten.

— **Gibt es ein Vorbild?**

Weltweit gebe es nichts Vergleichbares, sagen die beiden Jungunternehmer. Ihr Werbespruch: «Das Awina-Modell ist einzigartig, unabhängig, neutral und strebt eine Veränderung des gegenwärtigen Systems an.» Der Firmenname leitet sich übrigens aus der Sprache der Maori ab, «awhina» bedeutet dort «Unterstützung, Hilfe».

— **Warum gibt es Kritik?**

Zu den Kritikerinnen und Kritikern des Angebots gehören nicht nur rechtsbürgerliche Kreise, die mit Kinderbetreuungsangeboten generell wenig anfangen können,

sondern auch SP-Nationalrätin Min Li Marti: «Wenn man einen Kleinkredit aufnehmen muss, um die Krippenkosten zahlen zu können, läuft etwas schief im System», sagt sie. In den meisten anderen Ländern werde Kinderbetreuung mit öffentlichen Mitteln finanziert. Vermutlich gebe es hierzulande Eltern, die froh seien um das Angebot, doch damit anderen Ländern werde Kinderbetreuung mit öffentlichen Mitteln finanziert. Vermutlich gebe es hierzulande Eltern, die froh seien um das Angebot, doch damit anderen Ländern werde Kinderbetreuung mit öffentlichen Mitteln finanziert.

— **Wer steht hinter dem Projekt?**

Die beiden Mitgründer heissen Gogo Schumacher und Thomas

Russenberger. Ersterer hatte das Krippennetzwerk Kimi aufgebaut, Letzterer bei diversen Versicherungen und Banken gearbeitet. Als Garanten hinter der Aktiengesellschaft stehen die Stiftung Mercator und die Stiftung Kinderbetreuung.

Im Verwaltungsrat sitzt Claudia Coninx-Kaczynski, frühere Verwaltungsrätin für die Gründerfamilien bei der damaligen Tamedia – heute TX Group –, der Herausgeberin dieser Zeitung. Unterstützt wird Awina vom Dachverband Pro Familia Schweiz, der es als Teil seines Engagements für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf betrachtet. «Das Projekt ist ebenso sozial wie wirtschaftlich», sagt Direktor Philippe Gnägi.

## Börse

SMI  
12321 Punkte

+0.9%



### Die Besten

|          |       |
|----------|-------|
| Roche GS | +2.4% |
| ABB N    | +1.6% |
| Lonza N  | +1.6% |

### Die Schlechtesten

|             |       |
|-------------|-------|
| Logitech N  | -2.3% |
| Richemont N | -0.3% |
| Holcim N    | +0.0% |

Dow Jones Ind. 36'053 Punkte

Nasdaq Comp. 15'650 Punkte

+0.4% +0.3%

|                              |         |        |
|------------------------------|---------|--------|
| Euro in Franken              | 1.059   | 0.26%  |
| Dollar in Franken            | 0.915   | 0.34%  |
| Euro in Dollar               | 1.158   | -0.06% |
| GB-Pfund in Franken          | 1.245   | -0.12% |
| Öl (Nordsee Brent) in Dollar | 84.34   | -0.4%  |
| Gold (Unze) in Dollar        | 1790.70 | -0.1%  |
| Silber (Unze) in Dollar      | 24.06   | -0.1%  |

## Staatsanwaltschaft entlastet

Guy Lachappelle

**Strafverfahren eingestellt** Keiner der vielen Vorwürfe gegen den früheren Raiffeisen-Präsidenten Guy Lachappelle – von Urkundenfälschung über Betrug bis zur Verletzung der beruflichen Schweigepflicht – hat sich erhärtet. Die Basler Staatsanwaltschaft hat das Verfahren per 1. November eingestellt und alle Anschuldigungen als «haltlos» bezeichnet.

Eine Strafanzeige eingereicht hatte eine Ex-Geliebte von Lachappelle. Die «SonntagsZeitung» berichtete zuerst über ein Mail, in dem Lachappelle der Geliebten eine Powerpoint-Präsentation zur digitalen Transformation der Basler Kantonallbank zuhielt mit den Worten, dass diese Datei möglicherweise börsenrelevante Informationen enthalten könnte.

Die Staatsanwaltschaft bestätigt nun, was Lachappelle bei seinem Rücktritt Ende Juli dieses Jahres sagte: Das Bankgeheimnis wurde nicht verletzt; die Informationen «besitzen keine Geheimnisqualität, von potenzieller Börsenrelevanz ganz zu schweigen», heisst es in der Einstellungsverfügung. Die Staatsanwaltschaft geht davon aus, dass sich der Banker mit seinen Bemerkungen aufgeplustert habe – um sich «gegenüber der Anzeigstellerin aufzuwerten und diese gleichzeitig seiner Wertschätzung zu versichern». (wah)

## Absturz von 2856 auf 0 Dollar: Gauner nutzen Netflix-Serie aus

**Neue Betrugsmasche** Eine von «Squid Game» inspirierte Kryptowährung löst sich innert Minuten in Luft auf.

In der Netflix-Serie «Squid Game» aus Südkorea treten hoch verschuldete Menschen in verschiedenen Kinderspielen gegeneinander an. Wer verliert, bezahlt mit dem Leben. Wer gewinnt, erhält eine Millionensumme, um die Schulden begleichen zu können. In der Realität haben gutgläubige Anlegerinnen und Anleger viel Geld verloren, weil sie auf eine von «Squid Game» inspirierte Kryptowährung hereingefallen sind.

Der Wert der digitalen Währung, die passenderweise Squid heisst, stieg zuletzt auf 2856 Dollar. Am Montag fiel der Wert dann innert Minuten auf 0 Dollar. Die Masche, über die der Weblog «Gizmodo» zuerst be-

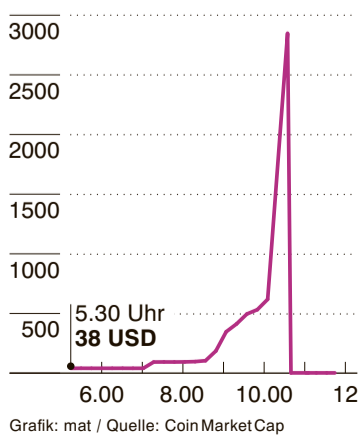
richtete, wird in der Kryptoszene als «rug-pull» bezeichnet. Der englische Begriff heisst so viel wie «den Boden unter den Füßen wegziehen». Dies ist der Fall, wenn ein Anbieter einer neuen Kryptowährung Käufer anlockt, den Handel einstellt und sich mit dem Geld aus den Verkäufen aus dem Staub macht. Im Fall von Squid haben Investoren knapp 3,4 Millionen Dollar verloren.

**Warnzeichen ignoriert**

Squid wurde als virtuelles Geld vermarktet, das angeblich für ein neues Onlinespiel verwendet werden kann, das sich an die Serie anlehnt. Wer gewinne, könne zusätzliches Squid-Geld verdienen und dieses später in andere

### Der brutale Absturz der Squid-Kryptowährung

Kurs in US-Dollar vom 1. November 2021



Kryptowährungen oder klassische Währungen umtauschen, versprochen die Macher.

Doch «Gizmodo» wies bereits letzte Woche auf zahlreiche Anzeichen dafür hin, dass es sich um einen Betrug handeln könnte. Ein Hinweis war die Website des angeblichen Internetspiels, die vor Rechtschreibern strotzte. Ein weiteres Alarmzeichen: Die Anlegenden konnten Squid zwar kaufen – aber nicht verkaufen.

Trotzdem nahmen englischsprachige Finanzmedien wie «Fortune», «Business Insider» und CNBC das Thema auf und berichteten über unglaubliche Renditen bei Squid von 86'000 Prozent pro Woche.

Die zweifelhafte Website ist inzwischen verschwunden. Und auch Konten in den sozialen Medien, die für Squid geworben hatten, sind gelöscht worden.

«Squid Game» ist bislang die erfolgreichste Sendung von Netflix. Seit dem Start der Serie im September haben weltweit 111 Millionen Konten den Mehrteiler angesehen. In der Schweiz ist «Squid Game» derzeit die Nummer drei der zehn meistgesehenen Netflix-Angebote.

Nun ist Squid auch ein Beispiel dafür geworden, wie Betrüger die Popkultur nutzen, um von der Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit zu profitieren.

Jon Mettler

## Migros-Entscheid zum Weinverkauf

**Detailhandel** Die Migros könnte bald Wein, Bier und Spirituosen in ihren Filialen verkaufen – die Erlaubnis dafür steht aber noch aus. Schon lange läugelt der Detailhändler mit dem Verkauf von alkoholischen Getränken. Dieser ist aber gemäss den Grundsätzen des Gründers Gottlieb Duttweiler untersagt. Am Samstag soll nun an der Delegiertenversammlung ein erster Entscheid dazu fallen, berichtet das «Migros-Magazin»: Mindestens zwei Drittel der Delegierten müssten mit dem Ende des Verkaufsverbots einverstanden sein. Beschlossene Sache ist der Alkoholverkauf auch dann noch nicht: Weiter müssen die einzelnen Migros-Genossenschaften ebenfalls ihr Einverständnis geben. (lub)